

"CSR in Krise" in Die Welt (24. Februar 1948)

Quelle: Die Welt. Überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone-Veröffentlicht unter Zulassung durch die britischen Behörden. 24.02.1948, n° 23; 3. Jg. Hamburg: Die Welt. "CSR in Krise", p. 2.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/csr_in_krise_in_die_welt_24_februar_1948-de-2e4ccb3-5c51-4c0a-94dc-3ffc185b33aa.html

Publication date: 03/07/2015

CSR in der Krise

Bei der Beurteilung der augenblicklichen Krise in der Tschechoslowakei darf vor allem ein Punkt nicht aus dem Auge verloren werden: nicht die Kommunisten haben den Stein ins Rollen gebracht, sondern die nichtkommunistischen Parteien unter Ausschluß der Sozialdemokraten. Dies soll nicht besagen, daß an der schon seit einiger Zeit vorhandenen latenten Spannung die Kommunisten etwa unbeteiligt gewesen wären, es widerlegt aber auf der anderen Seite die scheinbar naheliegende Diagnose, nun sei die CSR „an der Reihe“.

Die revolutionäre Atmosphäre der Wahlen des Jahres 1946 brachte den Kommunisten einen überwältigenden Erfolg: im Besitz der wichtigsten Stellungen im Staat und Wirtschaft, die ihnen die Endereignisse des Krieges in die Hände gespielt hatten, brachte es die KP auf 38 v. H. aller abgegebenen Stimmen und damit zu 114 von den 300 Sitzen im Parlament. Als nächststärkste Partei zogen die Volkssozialisten mit 55 Abgeordneten ins Prager Zentralparlament ein, gefolgt von der Volkspartei mit 47 den slowakischen Demokraten mit 43 und den Sozialdemokraten mit 36 Sitzen.

Der erste kritische Punkt, den das Kabinett Gottwald zu überwinden hatte, trat am 16. November 1947 in Brünn in Erscheinung. Der sozialdemokratische Parteikongreß bestimmte statt des bisherigen Parteivorsitzenden Zdeněk Fierlinger den Sozialisten Lausmann für diesen Posten. Dies war eine klare Absage an die Fusionsversuche zwischen Kommunisten und Sozialisten, die von Fierlinger und Gottwald kurz vorher unternommen worden waren.

Die andere Krise hatte sich in der Slowakei abgespielt und hatte den kommunistischen Wunsch zum Anlaß den dortigen Nationalrat zu sprengen. Auch das persönliche Erscheinen Gottwalds in Bratislava reichte aber nicht aus, den Widerstand der slowakischen Demonstranten zu brechen. Diese verloren schließlich nur 3 Sitze im Rat, ohne daß die freien Ratsessel an die Kommunisten gegangen wären.

Festgehalten zu werden verdient zwar, daß beide Krisen in absolut demokratischer Form gelöst wurden und nicht zu einer staatsstreichartigen Aktion seitens der Kommunisten führten. Trotzdem aber ist es äußerst zweifelhaft, ob es den Kommunisten bei den im Mai fälligen Wahlen ohne Gewaltanwendung oder Intervention von außen gelingt, die von ihnen als Wahlziel bezeichnete absolute Mehrheit auch nur annähernd zu gewinnen. Es gibt zum mindesten ebenso triftige Gründe für die Annahme, daß sie sich mit einem unter 38 v. H. liegenden Wahlerfolg begnügen müßten.

Diese Sorge könnte den kommunistischen Innenminister Nosek auch bewogen haben, den für die Durchführung von Wahlen so wichtigen Polizeiparat mehr und mehr mit Parteigenossen zu besetzen und Vertreter anderer Parteirichtungen aus wichtigen Stellen zu entlassen. Seine Weigerung, einen seinen Absichten entgegenlaufenden Kabinettsbeschuß durchzuführen, veranlaßte am vergangenen Freitag die 12 Minister der Volkspartei, der nationalen Sozialisten und der slowakischen Demokraten, ihre Rücktritte einzureichen.

Nichts wäre abwegiger, als den damit zum Ausbruch gekommenen Antikommunismus einem antirussischen Ressentiment in der CSR gleichzusetzen. Die Tschechen denken, um ein oft zitiertes Wort zu gebrauchen, mit dem Westen und fühlen mit dem Osten. Die geographische Lage ihres Landes, die Erinnerung an „München“ und die damals von Stalin gemachte Geste gegenüber ihrer ersten Republik sowie die Gemeinsamkeit ihrer Geschicke als Opfer der deutschen Aggression haben zwischen der CSR und Rußland Bande geknüpft, deren Widerstandskraft kaum überschätzt werden kann.

Auf der andern Seite aber darf nicht übersehen werden, daß die CSR im Gegensatz zu den andern Anliegerstaaten Rußlands eine lange demokratische Tradition hinter sich hat und eine Verbindung mit der westlichen Kulturwelt pflegte, die bis in die Zeit der habsburgischen Monarchie zurückreicht.

Der beste Beweis für die lebendige Demokratie der CSR liegt in der Rolle, die heute noch Männer wie Benesch, Masaryk oder Ripka spielen, obwohl sie nach den östlichen Auffassungen eigentlich durch ihr aus der Vorkriegszeit datierendes Ansehen „kompromittiert“ sein müßten.

Die Stellung des Staatspräsidenten Benesch damit erklären zu wollen, daß er den Vertrag mit Rußland im Jahre 1943 schloß, wäre im Hinblick auf das Schicksal Pettkoffs widersinnig. Das Ansehen, dessen Benesch sich noch heute erfreut, und das erst am vergangenen Wochenende von kommunistischer Seite neue Bestätigung erfuhr, verdankt er ausschließlich der Tatsache, daß man in der Tschechoslowakei immer noch demokratisch denkt und fühlt – auch in der kommunistischen Anhängerschaft.

Es ist der Verdacht geäußert worden, daß Beneschs Gesundheitszustand die Kommunisten ermuntert haben könnte, auf eine gewaltsame Lösung zu drängen. Wie dem aber auch sei, mit dem Herzen wohl kaum bei den Kommunisten und durch seine Stellung über den Parteien stehend, hat der Staatspräsident bisher ein Musterbeispiel staatsmännischer Klugheit gegeben. Sein offenkundiges Ziel ist es, gleichzeitig die Achtung der Westmächte seinem Land zu erhalten und die als unumgänglich erkannte Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit Rußland beizubehalten.

Die klischeeartige Verwendung kommunistischer Agitationsmittel, wie die „Aufdeckung“ einer Verschwörung oder die Charakterisierung der abdankenden Minister als „Agenten des Westens“ im Prager Rundfunk lassen gewisse Besorgnisse nicht verstummen. Die gleichzeitige Verkündung der „Volksfront“ in Rumänien und die Säuberung in den Reihen der ungarischen Sozialisten, verbunden mit einer offenen Beschimpfung des höchsten Kirchenfürsten in Ungarn, bilden eine kaum überhörbare Begleitmusik für diejenigen, die schwarz sehen wollen.

Wer dagegen die Hoffnung auf eine friedliche Lösung in der CSR noch nicht aufgegeben hat, kann darauf hinweisen, daß die Zeit für eine „Revolution“ in der CSR nicht gekommen ist. Es darf nicht übersehen werden, daß die Sozialisierung in der CSR ungeheure Fortschritte gemacht hat: 65 v. H. der Arbeiter und Angestellten sind in verstaatlichten Betrieben beschäftigt und 57 v. H. der gesamten Industriekapazität liegen bereits in den Händen des Staates. Es ist schwer erfindlich, wo der Konfliktstoff für eine revolutionäre Entwicklung zu suchen wäre.

Die am Montag gemeldete Verhaftungswelle zusammen mit den schweren Vorwürfen eines versuchten Militärputsches an die Adresse der Partei der Volkssozialisten lassen eine gewisse Versteifung der Haltung im kommunistischen Lager erkennen.

Ob aber die Kommunisten die endgültige Zerstörung der tschechoslowakischen Demokratie erreichen können, wird erst in den nächsten Tagen zu erkennen möglich sein.